

Stellungnahme der FWG zur Entscheidung über Stromnetz und Bürgerbegehren

Seit über einem Jahr verlangt die FWG Zahlen, Daten und Fakten, die den Ratsmitgliedern und den Mitgliedern des extra zu diesem Thema gebildeten Arbeitskreises Stromkonzessionsvertrag lange Zeit vorenthalten wurden. Auf Anfrage durften wir lediglich die Bieter-Angebote im Rathaus einsehen. Diese Vorgehensweise war ein Unding.

Erst auf Initiative der Freien Wähler (FWG) hin haben alle Fraktionen zusätzliche Informationen von den Bietern bekommen. Dabei ging es weder um „Hinterzimmergespräche“ noch um „Kungelei“ sondern einzig und allein um die Frage von Wirtschaftlichkeit und um das bestmögliche Ergebnis für die Warendorfer Bürgerinnen und Bürger.

Alle drei Bieter hatten die faire Möglichkeit, ihre Unterlagen bis zum 22.06.2011 nachzubessern, damit diese für uns vergleichbar wurden. So blieben zum Schluss RWE und die Stadtwerke Münster-Osnabrück übrig. Jetzt müssen beide Angebote geprüft werden.

Es geht weiterhin um Fakten, um Wirtschaftlichkeit und nicht um eine Strategie mit emotionalen Argumenten. Wenn es nur um eine politische Lösung ginge, müssten wir uns mit Sachfragen nicht mehr befassen. Aber für uns geht es um eine für alle WarendorferInnen langfristig Gewinn bringende Lösung. Dabei könnte diese Lösung sowohl mit den Stadtwerken Münster-Osnabrück als auch mit der RWE verwirklicht werden. Es kommt auf die jeweiligen Konditionen an.

Wer aber mögliche Konkurrenten auf der Anbieterseite medienwirksam von vornherein ausschließt, nur weil sie nicht in das persönliche ideologische Bild passen, schwächt die Verhandlungsposition der Stadt Warendorf erheblich.

Insgesamt ist doch klar: Parteipolitisches Geplänkel bringt uns nicht weiter. Hier geht es um die Zukunft der Stadt Warendorf. Wir als FWG haben uns zu keiner Zeit für einen bestimmten Vertragspartner ausgesprochen. Wir waren aber von Beginn an der Auffassung, dass zunächst kein solventer Verhandlungspartner ausgeschlossen werden darf. Wir können nicht guten Gewissens Kindergärten, Schulen und Spielplätze auf den Prüfstand stellen sowie Steuern erhöhen in dem Wissen, aufgrund schlechter Verhandlungen und nicht genutzter Optionen möglicherweise Unsummen an Geldern unserer Bürgerinnen und Bürger vernichtet zu haben.

Die teuren Gutachter, die die Bürgerinnen und Bürger bereits mit ihren Steuergeldern bezahlen mussten, haben uns bisher jedenfalls nicht weiter gebracht. Letztendlich sind wir als Ratsmitglieder durch unsere WählerInnen verpflichtet, uns konkret mit den Angeboten im Detail auseinanderzusetzen. Das kann uns niemand abnehmen, auch nicht durch ein sicher wohlgemeintes und berechtigtes aber teures Bürgerbegehren, das bei mehr Öffentlichkeit vielleicht entbehrlich gewesen wäre. Ziel bei den Verhandlungen ist es, mit der Stromkonzession zukünftig Geld zu verdienen. Zum Wohle der Stadt. Dafür werden wir uns als FWG-Ratsfraktion einsetzen.

Heinz Nikelewski

FWG-Fraktionsvorsitzender